

APRIL 2007

Deutsche Feuerwehr-Zeitung

Offizielles Organ des Deutschen Feuerwehrverbandes | Reinhardtstraße 25 | 10117 Berlin
Kontakt über: Telefon 030.288848800 | Fax 030.288848809 | info@dfv.org | www.dfv.org



Staatssekretäre entscheiden: Digitalfunk soll jetzt mit einem »Phasenkonzept« verwirklicht werden

Zum Aufbau des Digitalfunks tritt jetzt ein neuer »Plan B« in Kraft: Die Innenstaatssekretäre von Bund und Ländern haben sich auf ein so genanntes Phasenmodell geeinigt, bei dem der Bundesanstalt für den Digitalfunk (BDBOS) eine zentrale Rolle zukommt. Das Verwaltungsabkommen wurde hierfür überarbeitet und soll Ende Mai entsprechend bei der Innenministerkonferenz unterschrieben werden. Wie bisher geht das Bundesministerium des Innern (BMI) von einem Kostenrahmen von 4,5 Milliarden Euro aus und hält an der Inbetriebnahme bis 2010 fest, sagte Innenstaatssekretär Dr. August Hanning in Berlin.

Das »Phasenmodell« tritt anstelle der gescheiterten Kooperation mit der DB Telematik als Generalunternehmer. Thomas Adling, Leiter der Projektgruppe Netzwerk-BOS im BMI, gab beim 5. Nationalen Paging-Kongress einen Überblick, wie der Digitalfunk jetzt an den Start gehen soll. Während der Bund Fragen des Netzmanagements klärt, sollten möglichst viele andere Arbeiten dezentral in den Ländern ausgeführt werden – insbesondere die Suche, Planung, Ertüchtigung und Übergabe von Standorten für die Basisstationen. Darüber hinaus sei der Systemliefervertrag mit dem Unternehmen EADS voll auszuschöpfen.

Nach dem Aus der Zusammenarbeit mit der DB Telematik gelte es, bei EADS auch Optionen für Planungen und Betriebsleistungen zu ziehen. Dirk Borchardt, Chef von EADS Secure Networks, sagte ebenfalls beim Paging-Kongress in Berlin, es könnten Leistungen vom Feldservice bis zu personeller Unterstützung erbracht werden. Allein die Standortbereitstellung für 2500 bis 3000 Basisstationen sei eine »Mammutaufgabe«.

Im nächsten Schritt wollen Bund und Länder Teilleistungen ausschreiben, wie zum Beispiel den Netzbetrieb für den digitalen Sprech- und Datenfunk. »Die Übernahme des Betriebs des BOS-Digitalfunks

Thomas Adling,
Leiter der Projekt-
gruppe netzwerk-
BOS im BMI
(Foto: S. Darmstädter)



durch einen dauerhaften Betreiber soll nach Aufbau der ersten Netzabschnitte erfolgen«, teilte das BMI dazu nach der Tagung der Staatssekretäre mit.

»Die Endgeräte werden länderweise ausgeschrieben – auch dafür ist die Referenzplattform notwendig, damit die Funktionalitäten zueinander passen«, erläuterte Borchardt.

Die BDBOS soll all diese Aktivitäten koordinieren. »Wir müssen ein stärkeres Projektmanagement aufbauen und die fachlichen Anforderungen an die BDBOS erhöhen«, sagte Adling. Die Behörde müsse mehr steuern und stärker als geplant mitentscheiden, zum Beispiel bei der Einigung über die Standorte.

Die Hauptaufgaben der Bundesanstalt seien, Interessen zu bündeln sowie Bund und Länder mit einer starken Auftraggeberstellung angemessen am Systemaufbau zu beteiligen. Für die anstehenden Aufgaben werde das Personal der Stabsstelle in die BDBOS überführt und neues Personal rekrutiert. Erste Stellen seien ausgeschrieben.

Eine Herausforderung sieht Adling im Informationsaustausch der Behörde mit Auftraggebern und Nutzern: Es gelte, viel diversifizierter zu kommunizieren und dies in Einklang mit dem hierarchischen Denken in den BOS zu bringen. Dass es dabei oft genug auf das »Kleingedruckte« ankommt, dafür lieferte Adling auch gleich ein Beispiel: »Die Inhouse-Versorgung wird bereitgestellt, aber nicht garantiert.« (sö)

DFV: Referenzplattform endlich realisieren

Der Deutsche Feuerwehrverband hat seine zentralen Forderungen zur Einführung des Digitalfunks bekräftigt:

- ein flächendeckendes System für den Sprech- und Datenfunk;
- die Möglichkeit, Paging auch in Tetra zu betreiben;
- vertretbare Investitions- und Betriebskosten für die Nutzer.

Zugleich warnte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger beim 5. Nationalen Paging-Kongress in Berlin vor einem Flickenteppich. Er verwies auf die Entwicklung des Projektes in den vergangenen Jahren vom Abspecken der Leistung im so genannten GAN-Papier, dem aufgegebenen Geleitzug-Prinzip von Bund und einigen Ländern sowie dem zuletzt gescheiterten Betreibermodell mit der DB Telematik.

»Es gibt mehrere Knackpunkte: die gemeinsame und einheitliche Einführung bei Bund und allen Ländern, das Einhalten einheitlicher Standards sowie das Beibehalten der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Kostenverteilung«, sagte Kröger. »Wir warten noch immer auf den Aufbau einer Referenzplattform, damit so schnell wie möglich die technischen und praktischen Grundlagen für die Errichtung des Gesamtnetzes geschaffen werden können.«

Bei der Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren bestehen völlig unterschiedliche Auffassungen in den Ländern, stellte Kröger klar. Dies reiche von Paging als Bestandteil des Tetra-Netzes, für das die Inhouse-Versorgung flächendeckend sichergestellt werden müsse, über Lösungen im Pocsag-Standard mit Datenübermittlung im derzeit noch verfügbaren Zwei-Meter-Band sowie der völligen Freigabe an die Landkreise und Städte, ob eine Alarmierung digital aktiv, digital passiv oder anders erfolgt. »Es wird in Hinblick auf die Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren in Deutschland tatsächlich unterschiedliche Lösungen geben«, betonte Kröger. (sö)



DJF-Broschüre gibt Tipps für geschlechtergerechte Jugendarbeit

Die Deutsche Jugendfeuerwehr hat ein neues Arbeitsheft unter dem Titel »Gender Mainstreaming in der Jugendfeuerwehr« vorgestellt (Bild oben). Es wurde vom Fachausschuss Mädchen- und Jungenarbeit erstellt und soll ein praktischer Leitfaden für Jugendfeuerwehren sein, um Chancengleichheit für Mädchen und Jungen herzustellen und das Geschlechterbewusstsein bei den Betreuerinnen und Betreuern zu schärfen.

Allen knapp 18 000 Jugendfeuerwehren wird das Arbeitsheft zur Verfügung gestellt. »Nichts ist selbstverständlich, auch nicht die Tatsache, dass es Mädchen in der Jugendfeuerwehr gibt. Wir müssen uns darum bemühen, dass es selbstverständlich wird und die Zahl der Mädchen in den Jugendgruppen der Feuerwehren stetig wächst«, sagte Bundesjugendleiter Hans-Peter Schäfer. Das Arbeitsheft wurde mitfinanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es ist erhältlich beim Sekretariat der Deutschen Jugendfeuerwehr. (DJF)

Bewährungsstrafe für tödliche Explosion bei Feuerwehreinsatz

Dreieinhalb Jahre nach dem Unglück in Niederpölnitz soll der Tod zweier Feuerwehrleute mit einer Bewährungsstrafe von eineinhalb Jahren gesühnt werden. Das Landgericht Gera hat den Geschäftsführer des Futtermittelwerkes wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen und fahrlässiger Körperverletzung in sechs Fällen verurteilt, teilte der Thüringer Feuerwehr-Verband mit. Nach Ansicht des Gerichts war er für schwere Versäumnisse im betrieblichen Brandschutz verantwortlich, die beim Löscheinsatz am 15. August 2003 zu einer Staubexplosion führten. Dabei kamen die Feuerwehrmänner Holger Neubauer und Winfried Opitz ums Leben. (sö)

Gemeinsame Präsenz mit ÖBFV in Brüssel angestrebt

Bei der Interessenvertretung in Europa wollen die Feuerwehr-Spitzenverbände in Deutschland und Österreich noch enger zusammenarbeiten. Nach dem gemeinsamen Parlamentarischen Treffen in Brüssel im vergangenen Jahr suchen der DFV und der Österreichische Bundesfeuerwehrverband (ÖBFV) nach Wegen, Informationsgewinnung und Einflussnahme in Brüssel auch im Tagesgeschäft eng aufeinander abzustimmen. Ziel ist die regelmäßige, auch hauptamtliche, Präsenz bei Kommission und Parlament. Europa ist auch eines der zentralen Themen beim Vorstandstreffen von ÖBFV und DFV in Wolfsburg gewesen.

Beide Delegationen zeigten sich mit dem Parlamentarischen Treffen zufrieden. »Wir haben einiges bewegt und hoffen, dass wir künftig an Gesetzen mitarbeiten können, die die Feuerwehren betreffen«, sagte ÖBFV-Präsident Manfred Seidl. Dazu wollen die Verbände aus Deutschland und Österreich auch gemeinsame Ziele formulieren. So lehnen DFV und ÖBFV ein zentrales Katastrophenschutzcorps der Europäischen Union ab. Mit Interesse hörte das DFV-Präsidium, dass die österreichischen Feuerwehren außer einem Internationalen Katastrophenhilfsdienst auch über einen eigenen Brückenkopf mit Stabsaufgaben verfügen. In Deutschland waren die Brückenköpfe für Auslandseinsätze der Feuerwehren aufgelöst worden.

Im internationalen Feuerwehrverband CTIF wollen DFV und ÖBFV die Europa-Kommission ausbauen. Der Weltfeuerwehrverband könne gut als Plattform für den Informations- und Meinungsaustausch dienen. Allerdings seien auch die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer zu beachten. Bei der Delegiertenversammlung des CTIF am 20. September 2007 in Luxemburg kandidieren beide Verbände mit ihren

Vizepräsidenten Ralf Ackermann und Anton Brandauer wieder für den Exekutiven Rat. Hierfür sagten sie sich gegenseitige Unterstützung zu.

Im Inland arbeiten beide Verbände daran, die Feuerwehren zukunftssicher zu machen. So stellte das DFV-Präsidium den Gästen aus Österreich die Magdeburger Erklärung zur Zukunft der deutschen Feuerwehren vor und berichtete, wie eine Arbeitsgruppe den DFV derzeit zu den einzelnen Thesen positioniert. Auch die verstärkte Integration von Frauen wurde vorgestellt – eine Entwicklung, die auch in Österreich voranschreitet. Dort sind etwa drei Prozent der Feuerwehrangehörigen Frauen (gegenüber etwa sieben Prozent in Deutschland) und etwa zehn Prozent der Jugendfeuerwehrmitglieder Mädchen (in Deutschland knapp 24 Prozent). Parallelen verzeichneten beide Verbände in der Jugendarbeit, wo die Mitgliedszahlen stagnieren.

Gemeinsamkeiten fanden die Präsidien auch im Bereich Ausbildung. Beide Verbände stellen den Doppelnutzen in Feuerwehr und Beruf heraus. Österreich möchte durch eine Zertifizierung seiner Landesfeuerwehrschulen eine stärkere Anerkennung des Mehrwerts in der Wirtschaft erreichen. Außerdem beobachtet der ÖBFV genau die Entwicklung im deutschen Regelwerk: »Die FwDV 3 ist genau das, was wir brauchen«, hieß es in der Runde.

DFV-Präsident Hans-Peter Kröger zeigte sich nach dem zweitägigen Treffen sehr zufrieden mit der Fülle des Informationsaustausches und dem Ausbau der Zusammenarbeit: »Wir haben viele Gemeinsamkeiten und stellen die größte Zahl freiwilliger Feuerwehrleute in Europa. Das ist ein gutes Fundament für die Zukunftssicherung unseres Systems.« Sein Dank galt VW und Interspiro für die Unterstützung des Treffens. (sö)



Die Delegationsmitglieder mit Partnerinnen vor einem TSF der FF Titisee in der Autostadt Wolfsburg. (Foto: S. Jacobs)

Länder-Studie soll Atemschutz-Einsatzgrenzen klären

Alle wollen Klarheit – doch die Frage scheint offen: Wo liegen die Einsatzgrenzen für Pressluftatmer bei thermischer Belastung? Nach dem tödlichen Atemschutzunfall in Göttingen, bei dem sich ein Federteller im Lungenautomaten verformt haben soll, gibt es eine Reihe von Stellungnahmen. Industrie, Zertifizierer, Brandschutzreferate und Verbandsghremien befassen sich mit Umständen und Folgen. Jetzt wollen die Länder mit einem Forschungsprojekt Klarheit schaffen.

Der Fachausschuss Technik der deutschen Feuerwehren, ein Gremium von DFV und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF), ist besorgt und sieht eine massive Verunsicherung in den Feuerwehren. Er hat bei seiner Sitzung in Hamburg Firmenvertreter um Stellung gebeten, das Thema erörtert und sich auf folgende Stellungnahme (Auszug) geeinigt: »Der Fachausschuss Technik der deutschen Feuerwehren ist der Auffassung, dass mit den herstellerseitigen Tests gemäß EN 137-



Ein Atemschutztrupp in der Brandgewöhnungsanlage: Haben sich die Einsatzgrenzen verschoben? (Foto: S. Darmstädter)

2006 (Flame-Engulfment-Test, Wärmestrahlungsprüfung, Beflammungsprüfung, Beflammungsprüfung, Beflammungsprüfung, Beflammungsprüfung, Beflammungsprüfung) eine extreme thermische Belastung nachgewiesen ist. Vor diesem Hintergrund ist der Fachausschuss Technik der Ansicht, dass die heute verwen-

deten Pressluftatmer den im Feuerwehreinsatz üblichen Belastungen gewachsen sind.«

Auch der Hinweis des Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung (AFKzV) der Innenministerkonferenz kommt zu dem Ergebnis, dass Pressluftatmer weiterhin für den Innenangriff im Brandeinsatz verwenden werden dürfen. Der AFKzV betont aber auch, dass Atemschutzgeräteträgern und Führungskräften die Einsatzgrenzen bewusst sein müssten (siehe BRANDSCHUTZ 2/2007).

»Wie der Vertreter der Zertifizierungsstelle Exam versicherte, sind Fehlfunktionen von Lungenautomaten bei einem starken Anstieg der Umgebungstemperatur nicht auszuschließen. Wir brauchen deshalb schnellstmöglich Klarheit, wo die Einsatzgrenzen liegen und bitten um rasche Durchführung der vom AFKzV jetzt befürworteten Studie«, sagte DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann, der an der Frühjahrstagung des Ausschusses in Potsdam teilnahm. »Die Aussage, dass die Geräte bis 60 Grad zugelassen sind, ist für die Einsatzpraxis nicht hilfreich.« (s6)

»Atemschutz funktioniert nur in der Einheit von Technik und Mensch«

Wie bewertet der DFV fachlich und politisch die Einsatzgrenzen von Pressluftatmern? Fragen an DFV-Vizepräsident Ludwig Geiger.



DFZ: Sind Atemschutzzeinsätze im bisherigen Umfang überhaupt noch möglich?

DFV-Vizepräsident Ludwig Geiger: Im Ergebnis des bedauerlichen Unfalls in Göttingen wurden, wie auch schon in früheren Fällen, umfangreiche Untersuchungen zur Ursache durchgeführt. Das Ergebnis von Exam ist durch die Hinweise des AFKzV vom Dezember 2006 bekannt. Trotzdem sind sich alle Fachleute einig, dass wie bisher der Innenangriff mit Pressluftatmern möglich und natürlich auch nötig ist. Problematisch ist vor allem, dass durch in den vergangenen Jahren verbesserte Persönliche Schutzausrüstung viele Einsatzkräfte ein völlig verändertes Empfinden für Gefährdungen im Brandraum haben, insbesondere hinsichtlich der Wärme. So besteht die Gefahr, dass

die eingesetzten Kräfte heute über längere Zeit höheren thermischen Belastungen ausgesetzt sind als früher. Dies muss bei Schulungen und Ausbildungen noch stärker als bisher ins Bewusstsein rücken.

Wie kann der Einsatzleiter eine verantwortungsbewusste Entscheidung treffen?

Die Entscheidungen des Einsatzleiters beruhen ja auf der Lageerkundung, aber natürlich auch auf seinen Erfahrungen. Er hat letztlich die Verantwortung, den Atemschutzzeinsatz zu befehlen. Dabei sollte immer der Grundsatz gelten, dass die Rettung von Menschen nicht mit dem Leben von Feuerwehrangehörigen bezahlt werden darf. Eine ganz entscheidende Rolle aber spielt natürlich auch das Verhalten der eingesetzten Trupps. Welche Erfahrungen haben sie, insbesondere auch in Extremsituationen? Wie ist ihr Ausbildungsstand? Dabei setze ich voraus, dass nur entsprechend ausgebildete Feuerwehrangehörige zum Einsatz kommen.

Was kann die Feuerwehr tun, um ein Höchstmaß an Sicherheit im Atemschutz zu gewährleisten?

Sie muss sicherstellen, dass die Festlegungen der Feuerwehr-Dienstvorschrift 7 umgesetzt werden und die Hinweise der Hersteller zu Wartung und Pflege durch entsprechend qualifiziertes Personal angewendet werden. Dass das in der täglichen Praxis nicht immer einfach ist, weiß ich natürlich auch. Aber Atemschutz ist ein so wichtiges Element des Schutzes der eingesetzten Kräfte, dass Abstriche tödlich sein können!

Sind Atemschutzgeräte in der Vergangenheit nicht ausreichend geprüft worden?

Unter Beachtung des gerade gesagten glaube ich, dass das nicht das Problem ist. Wie bei jedem technischen Gerät gibt es Hinweise zur Wartung und Pflege, die eingehalten werden müssen. Mir sind keine Fälle bekannt, in denen ernsthafte Verstöße gegen Prüfbestimmungen zu schwerwiegenden Unfällen geführt haben. Atemschutz funktioniert nur in der Einheit von Technik und Mensch. Das heißt: Moderne Geräte sind die eine Seite, Menschen, die sie exakt beherrschen und in auch extremen Situationen richtig handeln, die andere und vielleicht sogar wichtigere. III

Finanzministerium bleibt bei Aufwandsentschädigungen hart

Das Bundesfinanzministerium lehnt die Angleichung von Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen an eine höhere Übungsleiterpauschale ab. Das hat Staatssekretär Dr. Axel Nawrath im Bundestags-Unterausschuss »Bürgerchaftliches Engagement« erklärt. Der DFV und die Bundesvereinigung Kommunaler Spitzenverbände hatten sich in ihren Stellungnahmen zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts für die Anhebung von 154 auf 175 Euro monatlich und damit für eine Gleichstellung ausgesprochen.

Da Aufwandsentschädigungen, anders als die Übungsleiterpauschale, als pauschalierter Aufwandsersatz gelten, müsste sich eine Anhebung an der Preisentwicklung orientieren, machte Nawrath klar. Auch hat das Ministerium offenbar Bedenken vor einem negativen Presseecho, da Aufwandsentschädigungen auch an Politiker gezahlt werden.

Schlechte Aussichten sieht das Ministerium zudem für eine Ausweitung des geplanten Steuerfreibetrages für Ehrenamtliche im Pflegebereich auch auf Feuerwehrangehörige, wie vom DFV gefordert. Eine pauschale Ausweitung auf alle vorgeschlagenen Engagementgruppen würde überschlägig mit einer Milliarde Euro Mindereinnahmen für den Fiskus zu Buche schlagen, rechnete Nawrath vor. In der Sitzung äußerten Experten allerdings auch grundsätzliche Zweifel an Sinn und Verfassungskonformität der von der Bundesregierung angestrebten 300-Euro-Pauschale.

Der DFV hält an seinen Forderungen fest und wird sich im parlamentarischen Verfahren entsprechend positionieren. Präsident Hans-Peter Kröger und Vizepräsident Ralf Ackermann verliehen den DFV-Forderungen Nachdruck, indem sie die Erörterung in der Ausschusssitzung persönlich verfolgten. Der Gesetzentwurf soll am 26. April 2007 mit der ersten Lesung in den Bundestag eingebracht werden. (sö)

Feuerschutzsteuer hat sich wieder über 300 Millionen Euro stabilisiert

Die Einnahmen der Feuerschutzsteuer haben sich wieder stabilisiert. Im Jahr 2005 flossen den Ländern fast 331 Millionen Euro zu, 2001 waren es noch knapp 287 Millionen Euro gewesen. Allerdings sank das Aufkommen gegenüber 2004 um 21 Millionen Euro. Das geht aus der Fortschreibung der Finanzbehörde Hamburg hervor, die für die Verteilung der Einnahmen auf die Länder zuständig ist. (sö)



Vor der Feuerwache Mitte in Berlin präsentieren sich die Webmaster der Freiwilligen Feuerwehr Rulle (Niedersachsen) stolz mit dem ersten Preis beim Dräger Safety-Feuerwehr-Website-Wettbewerb: einer Reise zur Feuerwehrmesse FDIC in Indianapolis (USA). Eine Fachjury mit DFV-Beirat Hans Meiser und DFV-Präsident Hans-Peter Kröger hatte aus 1 000 Sites die mit dem besten Informationsgehalt und praktischen Nutzen, der größten Benutzerfreundlichkeit und Aktualität sowie dem attraktivsten Gesamteindruck ausgewählt. Berlins Landesbranddirektor Wilfried Gräßling, DrägerSafety-Vorstandsvorsitzender Professor Dr. Albert Jugel und DFV-Bundesgeschäftsführer Sönke Jacobs überreichten die Preise. Den zweiten Platz belegte die FF Rossdorf (HE), gefolgt von der FF Verden (NI). (Foto: Dräger Safety)

7. RETTmobil: ganzheitlicher Ansatz bei Kongress

Diese Messe platzt aus allen Nähten: Bei 281 Ausstellern, mehr als 50 000 Quadratmetern belegter Fläche und 50 Referentinnen und Referenten führt die 7. Fachmesse RETTmobil in Fulda in diesem Jahr einen Teil des Kongresses auch in der Fuldaer Hauptfeuerwache durch. Der DFV ist wieder ideeller Partner und mit Referenten für zwölf Vorträge in acht Modulen am begleitenden Fachkongress beteiligt.

»Wir haben mit 60 Ausstellern und 3 000 Besuchern angefangen – seitdem ist die Messe um das Fünffache gewachsen. Das war in unseren kühnsten Erwartungen nicht vorherzusehen«, bilanzierte Manfred Hommel, Vorsitzender des ausrichtenden Verbandes IKR.

»Einen Schwerpunkt in unseren Fachbeiträgen legen wir auf besondere Einsätze, bei denen der ganzheitliche Ansatz im Brandschutz, in der technischen Hilfe und im Rettungsdienst deutlich wird. Ein weiteres Feld ist die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, in der sich die Feuerwehren zunehmend profilieren und häufig erste Ansprechpartner am Einsatzort sind«, erläuterte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger. »Wir konnten namhafte Fachkräfte für Referate gewinnen – zum Beispiel Dr. Jutta Helmerichs von der Koordinierungsstelle NOAH des Bundes und den Bundestagsabge-



Professor Dr. Peter Sefrin leitet den Wissenschaftlichen Beirat der Messe. (Foto: S. Jacobs)

ordneten Jens Ackermann, der selbst Rettungsassistent ist.« Für den DFV ist die diesjährige Messe auch Generalprobe für 2008: Dann findet zeitgleich zur 8. RETTmobil der 5. Deutsche Feuerwehr-Verbandstag in Fulda statt.

Die RETTmobil findet vom 10. bis 12. Mai 2007, täglich von 9.00 bis 17.00 Uhr, auf der Messe-Galerie Fulda statt. Der Eintrittspreis beträgt zehn Euro, die Kongressteilnahme kostet fünf Euro pro Modul. »Die Zusammenfassungen der Referate stehen unter www.rettmobil.org im Internet. Dort können sich alle Interessierten genau informieren, was sie erwartet«, sagte Professor Dr. Peter Sefrin, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates.

Eintrittskarten zur RETTmobil gibt es im Vorverkauf beim Versandhaus des DFV – bequem im Internet zu bestellen unter www.feuerwehrversand.info. (sö)